

Lüneburgs Oberbürgermeister und Präsident des Niedersächsischen Städtetags, Ulrich Mädge, hat heute (26.9.2019) bei der Öffentlichen Städteversammlung im Audimax der Leuphana Universität vor circa 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus Kommunen und Landespolitik seine Verbandspolitische Rede gehalten. Mädge ging dabei auf die aktuellen Herausforderungen ein, die aus seiner Sicht nur von Kommunen, Land und Bund gemeinsam bewältigt werden können.

Dabei sprach der Präsident des Niedersächsischen Städtetags zu folgenden vier Schwerpunktthemen:

- 1. Hass und Gewalt gegen Amts- und Mandatsträger*
- 2. Integration von Zuwanderern*
- 3. Kapazitäten in den Kindertagesstätten*
- 4. Klimaschutzanpassungen*

Hier einige Auszüge aus der Rede - das gesprochene Wort ist soweit wie möglich berücksichtigt.:

(...)

Hass und Gewalt gegen Amts- und Mandatsträger

(...)

In der nichtöffentlichen Städteversammlung haben wir eine Resolution beschlossen, die Maßnahmen enthält, mit denen wir dem Problem begegnen können.

(Auswahl)

Betreiber sozialer Netzwerke müssen stärker in die Pflicht genommen werden, Hasskommentare, Drohungen und Gewaltaufrufe umgehend zu löschen. Weiterhin müssen Täter identifiziert und strafrechtlich verfolgt werden.

Soziale Netzwerke dürfen nicht länger rechtsfreie Räume sein, in denen Personen anonym ihren Hass und ihre Wut ausleben und gegen andere Menschen hetzen können!

Daher unterstützen wir die Forderung von Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble: Wir brauchen eine Pflicht zu Klarnamen in den sozialen Netzwerken. Diese Netzwerke dürfen nicht weiter rechtsfreie Räume sein, in denen jede oder jeder nach Belieben pöbeln, beleidigen und drohen darf.

Zum Thema Strafrecht. Hier begrüßen wir die Weisung unserer Justizministerin an die niedersächsischen Generalstaatsanwaltschaften, Verfahren wegen verbaler Attacken nicht mehr einzustellen. Es tut doppelt weh, wenn man beleidigt oder bedroht worden ist und die Staatsanwaltschaft das Verfahren dann wegen mangelndem Interesse oder Geringfügigkeit einstellt.

Darüber hinaus gilt es aber, bestehende strafrechtliche Lücken zu schließen. Wir unterstützen daher den Vorschlag unserer Justizministerin, den strafrechtlichen Tatbestand der Bedrohung (§ 241 StGB) so zu fassen, dass auch tatsächlich jede Bedrohung erfasst wird. Nach heutiger Rechtslage darf nämlich nur bestraft werden, wer mit einem Verbrechen droht.

Es darf nicht sein, dass künftig noch Sätze wie „Ich weiß, wo du wohnst und ich habe ein Messer.“ straffrei bleiben.

(...)

Ich sehe die Gefahr, dass die Bedrohungen aus dem Netz irgendwann auf der Straße umgesetzt werden, frei nach Schopenhauer: „Das entwürdigende Wort bereitet die entwürdigende Tat.“ Gerade normsetzende Institutionen wie Gerichte haben die Pflicht, demokratie- und gesellschaftszersetzenden Trends entgegenzuwirken.

(...)

Integration von Zuwanderern

Der größere Teil der hier aufgenommenen Flüchtlinge wird längerfristig oder dauerhaft in Deutschland bleiben. Ihre Integration in Arbeit und Gesellschaft ist eine Daueraufgabe. Diese wird Jahrzehnte in Anspruch nehmen und immense

Anstrengungen – auch finanzielle – erfordern. Sie kann nur von Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam bewältigt werden.

Land und Kommunen haben hier in den letzten Jahren gut zusammengearbeitet.

(...)

Aber:

(...)

Angesichts der Dimensionen, vor denen wir stehen, und angesichts der Erfahrungen, die wir bei dem Thema Integration in der Vergangenheit gemacht haben, warne ich Bund und Land eindringlich davor zu glauben, Integration sei allein als freiwillige kommunale Aufgabe und mit ehrenamtlichem Engagement der Bürgerinnen und Bürger leistbar. Das werden Kommunen und Ehrenamt nicht schaffen.

(...)

2015 hat Frau Merkel ihren berühmten Satz gesagt: „Wir schaffen das!“ Nun, schon vier Jahre später, glaubt der Bund anscheinend: „Es ist geschafft!“. Da können wir kommunal Verantwortlichen nur energisch widersprechen. Nur weil die Menschen ein Dach über dem Kopf und etwas zu essen haben, ist die Aufgabe noch längst nicht erledigt. Jetzt geht es um nachhaltige Integration und das dauert.

Kapazitäten in den Kindertagesstätten

(...)

Was nützt die schönste Beitragsfreiheit, wenn man für seine Kinder keine Plätze in der KiTa findet oder der laufende Betrieb der KiTa nicht sichergestellt ist.

Wir haben zweimal innerhalb kurzer Zeit erlebt, wie schnell eine kommunale KiTa-Bedarfsplanung zu Altpapier wird. In den Jahren 2016 und 2017 im Zusammenhang mit der Zuwanderung von Flüchtlingen und im Jahr 2018 im Zusammenhang mit der Einführung der Beitragsfreiheit im Kindergarten bei gleichzeitiger Flexibilisierung des Einschulungstichtages.

Wir Kommunen tun alles, um die von unseren Bürgerinnen und Bürgern nachgefragten Betreuungskapazitäten aufzubauen. Gleichwohl sehen wir alarmierende Versorgungsengpässe. Dies zeigen die Ergebnisse einer Umfrage zum

Beginn des KiTa-Jahres 2019/2020 bei unseren Mitgliedern. An dieser Umfrage haben sich 57 Kommunen, also etwa die Hälfte unserer Mitglieder, mit rd. 1.200 Kindertagesstätten beteiligt. Wir haben in Niedersachsen etwa 5.350 Kitas.

Die teilnehmenden Kommunen haben gemeldet, dass zu Beginn des KiTa-Jahres 2019/2020 3.400 Krippenkinder (etwa 142 Gruppen) und 3.200 Kindergartenkinder (etwa 133 Gruppen) auf der Warteliste standen. Bei einer Beteiligung von fast $\frac{1}{4}$ der Kitas können Sie das also mal vier nehmen.

Die Zurückstellung wegen der Flexibilisierung bei der Einschulung, auch eine Entscheidung des Landes, betraf 1.700 Vorschulkinder; das entspricht 70 Kindergartengruppen. Für diese Kinder mussten sehr kurzfristig Ersatzplätze bereitgestellt werden.

(...)

Gleichzeitig fehlen uns in einer sehr großen Zahl Fachkräfte. Es kommt in einigen Städten mittlerweile öfter vor, dass wir neue Kindertagesstätten eröffnen, aber mangels Fachkräften nicht alle Gruppen einrichten können. Unsere Abfragen haben sowohl in diesem als auch im letzten Jahr – die Zahl scheint daher sehr verlässlich - ergeben, dass wir in Niedersachsen in den nächsten drei Jahren rd. 13.000 zusätzliche Erzieherinnen und Erzieher benötigen.

Die Personalfrage ist also längst zu einer Zukunftsfrage für die frühkindliche Bildung geworden!

Wir haben dazu gestern eine Resolution beschlossen, aus der ich zwei Punkte ansprechen möchte:

1. Die Investitionsförderung und
2. Den Fachkräftemangel

Zur Investitionsförderung:

Wir benötigen finanzielle Unterstützung bei der Bewältigung der Krippeninvestitionen. Das Land fördert die Gruppen mit je 180.000 € (= 25%). Der gesamte Topf ist mit 40 Millionen Euro gefüllt.

Wenn wir jedoch den Bedarf anlegen, nämlich 490 Gruppen, dann sind wir schon bei 88 Millionen.

Nach dem Entwurf des Kultusministeriums für eine Richtlinie zur Förderung von Investitionen in Kindergartengruppen sollen 20 Mio. € auf die Kommunen verteilt werden. Damit werden aber nur die Investitionen für rd. 110 Kindergartengruppen gedeckt, der ermittelte Bedarf liegt jedoch bei 360 Gruppen und etwa 65 Millionen Euro.

In der Anlage zur Richtlinie werden die 20 Mio. € auf die 54 Träger der öffentlichen Kinder- und Jugendhilfe in Niedersachsen verteilt. Diese sollen es dann richten und dürfen entscheiden, wie sie Mittel auf die Kommunen in ihrem Zuständigkeitsbereich verteilen wollen. Deutlicher sichtbar kann Mangelverwaltung eigentlich nicht werden.

Um es am Beispiel meiner Heimatstadt ganz konkret zu machen: Die Hansestadt Lüneburg erhält mit diesem Verfahren 194.000 €, also eine Kindergartengruppe gefördert. In Lüneburg werden wir aber bis 2023 zehn neue Kindergartengruppen und zehn Krippengruppen bauen müssen. Das sind dann etwa 3,6 Millionen Euro Förderung bei etwa 15 Millionen Investitionen. Da klafft nicht nur in Lüneburg eine große Lücke. Ich weiß, dass es in vielen anderen Kommunen auch so aussieht.

Herr Ministerpräsident, hier müssen wir ehrlich miteinander umgehen! Wir müssen auch die Gruppen einrichten und das Personal einstellen können, das wir dafür brauchen. Bei allen guten Dingen, die bisher auf den Weg gebracht wurden, aber Sie müssen auch uns verstehen.

Wir bitten Sie: Sorgen Sie dafür, dass die 47 Mio. bereits mit dem Haushalt 2020 zur Unterstützung der Kommunen bei der Schaffung neuer Kindergartenplätze eingesetzt werden. Wir brauchen diese Unterstützung dringend.

(Erläuterung: Gemeint sind die 47 Mio. € aus dem mit Mitteln des Gute-Kita-Gesetzes von Bundesfamilienministerin Giffey refinanzierten Landesmitteln.)

Zum Fachkräftemangel:

Unser Vorschlag lautet, die dreijährige theoretische Ausbildung mit anschließendem Anerkennungsjahr in Niedersachsen wieder einzuführen. (...) Dies wird in acht Bundesländern erfolgreich praktiziert und führt im Vergleich zum niedersächsischen Ausbildungsmodell dazu, dass die Fachkräfte ein Jahr früher in der KiTa sind.

(...)

Wir brauchen hier eine Lösung.

In meiner Funktion als VKA-Präsident (*Hinweis: VKA = Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeberverbände*) habe ich zu diesem Thema lange Gespräche mit dem scheidenden Ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske geführt. Im VKA haben wir das abgestimmt und mit Ver.di sind wir im Gespräch. Wir sagen zu, dass die Auszubildenden ab dem ersten Tag bezahlt werden entsprechend TVÖD. Aber wir brauchen auch eine Beschleunigung der Ausbildung.

Wir wollen nicht an der Qualität sparen, aber wir möchten alle erreichen. Nicht nur die jungen Leute mit Abitur.

Klimaanpassungen

Die eindrucksvollen Bilder vom vergangenen Freitag (20.09.2019) von den Demonstrationen für den Schutz des Klimas rund um den Globus sind mir – und sicher auch Ihnen allen – nachhaltig in Erinnerung geblieben – zumal sie uns so vehement wie nie zuvor deutlich gemacht haben, was die Menschen von uns erwarten. Wir haben die Stadtgesellschaft auf den Marktplätzen gehabt.

Ebenfalls am vergangenen Freitag hat die Bundesregierung ihr Maßnahmenpaket zum Klimaschutz vorgestellt – und das war nicht sehr eindrucksvoll. – Nun ist Ungeduld nicht immer der beste Ratgeber, aber doch ein Antreiber. (...) Wir bitten, dass beim Maßnahmenpaket nachgearbeitet wird, das muss geschärft werden.

Wir sollten aber nicht immer nur mit Verboten arbeiten. Wir müssen die Menschen mitnehmen. Das ist unsere Aufgabe.

Wir müssen auch die wirtschaftliche und soziale Komponente des Klimaschutzes im Auge behalten. (...) Wir müssen auch die mitnehmen, die sich in ihrer Existenz bedroht sehen.

Es ist ein Vierklang, der zählt: Arbeit, Umwelt, Soziales, Bildung – das sind die vier Themen, die uns treiben, die wir verbinden müssen. Das ist unser Petitem.

Zu den Entwürfen für ein Klimaschutzgesetz in Niedersachsen und der vorgesehenen Berichtspflicht für die Kommunen:

Wir wollen nicht in Bürokratie investieren, sondern in aktiven Klimaschutz. Wir bitten dringend, dass dort auch die Mitarbeit der Kommunen mit festgeschrieben ist.

Dazu möchten wir dem Land heute einen Klimapakt vorschlagen:

„Niedersachsen packt nachhaltig an!“

Lassen Sie mich sechs dieser Projekte und Maßnahmen aus unserer Resolution vorstellen und beschreiben:

1. Wir wollen mehr Stadtgrün, Parks, Kleingärten und Baumpflanzungen in unseren Städten. Unsere kommunalen Wälder wollen wir in ihrer Funktion als CO₂-Speicher erhalten und an die Herausforderungen des Klimawandels anpassen. (...)

Förderprogramme für die zusätzliche Aufforstung von Waldflächen müssen auch für die Kommunalwälder uneingeschränkt geöffnet werden.

2. Wir wollen die Schadstoffbelastung in den Innenstädten reduzieren. Dafür wollen wir den Anteil des Rad- und Fußgängerverkehrs insgesamt steigern, die Nutzung des ÖPNV weiter stärken, den motorisierten Individualverkehr in den Innenstädten deutlich reduzieren, und die Nutzung von Car-Sharing-Angeboten weiter vorantreiben.

Wir erwarten dafür vom Land, uns insbesondere beim Ausbau der Radwege stärker zu unterstützen. Wir wünschen uns, dass das Land zur Verbesserung des Radverkehrs niedersachsenweit 10 Euro pro Einwohner und Jahr bereitstellt. Dann sind wir bereit ebenfalls mit 10 Euro pro Einwohner und Jahr kofinanzieren. So könnten wir insgesamt 160 Mio. € pro Jahr mobilisieren.

Hinweis: Für die anderen Punkte siehe auch die Resolutionen und Pressemitteilungen zur NST-Städteversammlung 2019 in Lüneburg.

(...)